



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe August 2006 - I

Inhalt:

1. **Übernahmegarantie beibehalten!**
2. **Corina braucht Hilfe**
3. **„Auskunftssperre“ für die Polizei?**
4. **Spirale nach unten stoppen: Für Mindestlohn**
5. **Steuergerechtigkeit sollte auch für Reiche gelten**
6. **Ernennung von ASA-AbsolventInnen**
7. **„... im Namen des Volkes ???“**
8. **Sperr-Notruf 116 116**
9. **Leserbrief Puppenbühne**
10. **Terminhinweis: „Schafft Kapital Arbeit (ab)?“**
11. **Terminhinweis „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“**

1. Übernahmegarantie beibehalten!

KOMMENTAR

HINTERTÜR ZUMACHEN

VON KARIN DAUSCHER

► Wenn Minister Bruch nur im Einzelfall Polizeianwärter vom Dienst fernhalten will, sollte das so in der Verordnung stehen.

Unter Entwürfen von Politikerreden steht immer: „Es gilt das gesprochene Wort.“ Im Falle einer Landesverordnung ist das anders. Politiker können noch so hehre Absichten bekunden, am Ende gilt das geschriebene Wort. Es klingt absolut glaubhaft, wenn Innenminister Karl Peter Bruch sagt, mit der neuen Laufbahnverordnung für Polizisten sollen mehr Leistungsanreize geschaffen werden. Die Übernahmegarantie, so scheint es, verleitet mitunter zu Müßiggang, wenn nicht gar zur Disziplinlosigkeit.

Aber so steht es nicht, zumindest nicht nur im Textentwurf. Dieser erlaubt vielmehr, die Einstellungspraxis nach der Finanzlage auszurichten. Und was erlaubt ist, wird auch gemacht – früher oder später. Deshalb sollte Bruch diese Hintertür zumachen, dann stimmt der Text mit seinen Worten überein.

Sabrina Kunz (JUNGE GRUPPE) und Sarah-Christin Großhans (Jugend- und Auszubildendenvertretung) haben in einem Schreiben an Innenminister Karl Peter Bruch um ein Gespräch wegen der Änderung der Laufbahnverordnung nachgesucht. Eine Antwort steht noch aus.

Die GdP hat fristgerecht gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) ihre Stellungnahme zum Entwurf zur Änderung der Laufbahnverordnung Polizei beim Innenministerium eingereicht.

Obwohl die Änderung der LaufbahnVO nicht der Zustimmung des rheinland-pfälzischen Landtages unterliegt, hat der Abgeordnete Thomas Auler (FDP) in einer Kleinen Anfrage beim Innenministerium Auskunft über die beabsichtigte Änderung verlangt. In Presseerklärungen setzt sich der ehemalige Kollege der PI Simmern für den Erhalt der Übernahmegarantie ein.

Auch die Presse hat das Thema inzwischen aufgegriffen. Nebenstehend ist der Kommentar aus der Rheinpfalz vom 10. August.

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99



2. Corina braucht Hilfe

Sehr geehrter Herr Scharbach,

ich freue mich sehr, dass auf dem Delegiertentag der GdP Rheinland-Pfalz bei der Tombola zugunsten der so schwer erkrankten Polizeibeamtin Corina ein so herausragendes Ergebnis erzielt werden konnte.

Wenn ich dazu einen kleinen Beitrag leisten konnte ist dies für mich zusätzlich Ansporn, die Spendenaktion nicht nur durch die Übernahme der Schirmherrschaft, sondern auch gezielt weiter zu unterstützen. Es freut mich zu hören, dass auch meine Lions Club Freunde Corina helfen wollen und einen Beitrag leisten werden. Darüber hinaus wird es am 2. September beim WM-Helferfest in Enkenbach-Alsenborn eine amerikanische Versteigerung von handsignierten WM-Souvenirs der Mannschaften geben, die in Kaiserslautern gespielt haben. Ich bin zuversichtlich, dass auch dabei ein ansehnlicher Betrag zusammenkommen wird, der wieder einen Teil der entstandenen Laborkosten abdecken wird.

Für Corina hoffe ich - wie tausende von Menschen in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus - dass die gewonnenen Stammzellen in Verbindung mit medizinischem Wissen und ärztlicher Kunst, das Leben von Corina retten werden. [...]

Selbstverständlich drücke auch ich alle Daumen und hoffe auf eine erfolgreiche Transplantation.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Beck

3. „Auskunftssperre“ für die Polizei?

Mit dem Update des Einwohnerinformationssystems EWOIS wurde wohl das Kind mit dem Bade ausgeschüttet: Die Polizei erhält keine Auskunft mehr, wenn ein Bürger auf Grund des § 34 Meldegesetz eine Auskunftssperre eintragen ließ. Das gilt kurioserweise auch für Personen, die in einer Justizvollzugsanstalt einsitzen.

Bernd Becker, stellvertretender GdP-Vorsitzender: *„Wir wären ja schon zufrieden, wenn das System die Meldung „Auskunftssperre“ anzeigen würde. Die Systemauskunft „Person nicht vorhanden“ ist weder korrekt noch sachgerecht. Es wird noch nicht einmal die zuständige Meldebehörde angezeigt, bei der die Polizei im Bedarfsfall nachfragen könnte.“*

In einem Schreiben an Innenminister **Karl Peter Bruch** weist die GdP auf die Probleme hin, die mit dem Update in der polizeilichen Praxis auftreten. **Ernst Scharbach**: *„Diese Verfahrensweise lässt sich aus der bestehenden Vorschriftenlage nicht ableiten, da an keiner Stelle zwischen den unterschiedlichen Abfragearten differenziert wird. Die Abfragemöglichkeit muss umgehend wieder eingerichtet werden!“*

4. Spirale nach unten stoppen: Für Mindestlohn

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 7,50 € pro Stunde in Deutschland würde 4,6 Millionen ArbeitnehmerInnen helfen. 14,6 % der Beschäftigten müssen nach Angaben des Instituts für Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen für Hungerlöhne arbeiten. Der Konjunktur würde der Mindestlohn helfen: Es kämen



etwa 12 Milliarden € mehr in den Konsum.

Selbst der Staat würde profitieren: Der Staat könnte mit 4,2 Milliarden Mehreinnahmen bei Steuern und den Sozialversicherungen rechnen.

Klagen der Reichen und ihrer Arbeitgeberverbände, die höheren Löhne würden zu mehr Arbeitslosigkeit führen, sind widerlegt: In 16 Staaten der EU gelten Mindestlöhne. Dort ist die Beschäftigungsquote meist sogar gestiegen.

5. Steuergerechtigkeit sollte auch für Reiche gelten

Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** will den Finanzämtern ein neues Prüfungsrecht geben (Handelsblatt vom 28. Juli 2006). Danach könnten sie von den Banken die Herausgabe der für ihre Kunden erstellten Jahresbescheinigungen über Kapitalerträge verlangen. Die Finanzämter könnten Kursgewinne und Dividenden der Steuerpflichtigen feststellen und damit besteuern. Das wäre endlich ein Schritt in die richtige Richtung. Attac fordert seit Jahren die Abschaffung des steuerlichen Bankgeheimnisses.

Dass die Arbeitgeber Löhne und Gehälter dem Finanzamt melden, sei für alle selbstverständlich, so Detlef Larcher. *"Es ist ein Gebot der Steuergerechtigkeit, dass alle Einkünfte gleichmäßig besteuert werden, gleichgültig aus welcher Quelle sie auch stammen"*, forderte er. *"Der Paragraph 30a der Abgabenordnung muss ersatzlos gestrichen werden, wie es auch die SPD in Oppositionszeiten gefordert hatte."* Kontrollmitteilungen der Banken an die Finanzämter, wie sie jetzt angeblich im Entwurf des Finanzministers vorgesehen sind, sollten so selbstverständlich sein, wie die Lohnsteuerkarte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

6. Ernennung von ASA-AbsolventInnen

In einer Feierstunde auf dem Hahn ernannte Staatssekretär **Roger Lewentz** die AbsolventInnen der 4. ASA zu PolizeikommissarInnen. Lehrgangsbester wurde mit 12,6 Punkten Kollege **Ulrich Getto** vom PP Rheinpfalz. Lewentz betonte in seiner Ansprache die Gleichwertigkeit der ASA mit dem FH-Abschluss. Allen Absolventen stünden die Möglichkeiten im gehobenen und im höheren Dienst offen.



[Koll. Getto, Landtagspräsident Mertes, Staatssekretär Lewentz, Schulleiter Weidmann]

7. im Namen des Volkes ???“

Vorsicht bei Verkehrsbeanstandungen!

Eine Verkehrsstreife beanstandet einen Pkw-Fahrer, der die Autobahn widerrechtlich über eine Versorgungszufahrt einer Rastanlage verlassen hat. Neben der Erteilung einer Verwarnung verlangt die beanstandende Kollegin von dem Autofahrer aus „erzieherischen Gründen“, dass er die bereits passierte gesperrte Strecke wieder zurück zur BAB fährt und diese erst an der nächsten regulären Ausfahrt verlässt. Da sich der Autofahrer zunächst weigert, unterstreicht die Beamtin diese Weisung mit Androhung einer Anzeige im Weigerungsfall.

Darin sah die Staatsanwaltschaft München II eine Nötigung durch eine Amtsperson und betrieb das Strafverfahren über zwei Instanzen. Letztlich wurde die Beamtin zu



90 Tagessätzen, 3 Monaten auf Bewährung und insgesamt 500 € zusätzlicher Geldzahlung an den Geschädigten bzw. eine gemeinnützige Einrichtung verurteilt. Sicherlich ist die Weisung, eine soeben geahndete VOWi nochmals zu begehen, nicht korrekt.

Aber wenn man als Polizeibeamter tagtäglich erlebt, dass die Justiz Ermittlungsverfahren wegen oft wesentlich schwerwiegenderen Straftaten durch Einstellung oder geringste Geldbußen/-strafen erledigt, dann fragt man sich schon, wo hier die Relation zum Unrecht ist. Dies vor allem auch deshalb, wenn man weiß, dass die Weisung im zugrunde liegenden Fall bei einer Kontrollstelle noch auf dem gesperrten Weg sogar rechtmäßig gewesen wäre. So aber erfolgte die Kontrolle ca. 20 m nach Ende der gesperrten Strecke. Trotz Rechtschutz durch die GdP konnte der betroffenen Kollegin leider nicht geholfen werden, da die zuständige StA hier einen unfassbaren Verfolgungseifer zeigte – juristisch betrachtet mag der Vorgang richtig sein – mit gesundem Menschenverstand hat der Ausgang dieses Verfahrens meiner Meinung nach jedoch nichts mehr zu tun.

[Diesen Artikel haben wir der bayerischen Landesteil der GdP vom August entnommen. Da dachte man, in Bayern sei die Welt noch in Ordnung ...]

8. Sperr-Notruf 116 116

Ca. 90 % aller Bankkarten können über den Notruf 116 116 – vom Ausland aus: 0049 116 116 - bundesweit gesperrt werden. Der Anruf aus dem Inland ist gebührenfrei.

Weiter Infos: <http://www.servodata.de/>

Karte verloren oder gestohlen? Die Notruf-Nummer für jede Karte.
Sofort sperren unter:
SPERR-NOTRUF
116 116

Info-Pass: zur Sperrung umseitig aufgeführte Daten bereithalten

Sparkasse Maestro MasterCard VISA

9. Leserbrief Puppenbühne

**Liebe Leserbriefschreiberin, liebe Kollegin,
lieber Leserbriefschreiber, lieber Kollege,**

leider ist es mir nicht möglich Dich persönlich anzusprechen. Du hast es vorgezogen Deinen Namen aus für mich nicht nachvollziehbaren Gründen zu verschweigen. Deshalb bleibt mir nur diese Möglichkeit, Dir auf Deinen Leserbrief zu antworten. Du stellst für Dich fest, dass immer weniger Kolleginnen und Kollegen in der polizeilichen Basisarbeit tätig sind. Hierüber erlaube ich mir kein Urteil. Ich erhebe jedoch für mich den Anspruch, ebenfalls an der von Dir bezeichneten polizeilichen Basis zu arbeiten. Einen Anspruch, der übrigens von der überwiegenden Anzahl der rheinland-pfälzischen Präventionssachbearbeiter für sich ebenfalls erhoben wird. Hat nicht jeder Mensch, jeder Mann, jede Frau und auch jedes Kind und auch Du ein Recht darauf, dass man ihm zuerst im Guten sagt, wie es besser gemacht werden kann? Und genau das mache ich, ich sage es zuerst im Guten. Wir Puppenspieler nutzen für unsere zielgruppenorientierte Basisarbeit lediglich ein nicht alltägliches Mittel.

Weiterhin führst Du aus, dass unser „Polizeibetrieb“ immer rationeller arbeiten muss. Hier hast Du vollkommen recht. Das hat auch unser gemeinsamer Dienstherr erkannt. Er ist bestrebt in allen unseren Präsidialbereichen die Methode „Puppenspiel“ in der Verkehrs- und Kriminalprävention zu intensivieren. Eine Studie an der PFA Münster-Hiltrup hat sich genau mit diesem Thema befasst. Koll. Thomas Decken kommt in seiner Studie über die Effektivität und Effizienz in der polizeilichen



Präventionsarbeit am Beispiel der Methode „Puppenspiel“ zu eindeutigen Aussagen. Die vermittelten Lernziele sind nach über einem Jahr noch zu über 95% präsent. Zu gleichen Ergebnissen kommen die Uni Essen und die psychologische Fakultät der Uni Kiel.



Aus Deinem Brief ist zu entnehmen, dass Du die Welt nicht mehr verstehst oder kein Verständnis für die Entwicklung aufbringst. Kein Verständnis haben oder etwas nicht verstehen hat immer etwas mit Wissenslücken zu tun. Wissenslücken kann aber jeder für sich füllen. Die Werbung empfiehlt hier die Gelben Seiten. Ich empfehle, frag den, der es wissen könnte. Die Polizei macht sich die Methode „Puppenspiel“ seit 1945 für ihre Präventions-

arbeit zu Nutze. In Rheinland-Pfalz gibt es seit weit über 20 Jahren zwei Puppenbühnen bei der Polizei. In NRW gibt es sogar mehr als 30 Bühnen mit jahrelangen Erfahrungen. Es hätte also genügend Ansprechpartner für Wissenslücken gegeben. Die Polizeipuppenbühne Mayen erreicht mit ihrer zielgruppenorientierten Arbeit jährlich zwischen 15.000 und 18.000 Personen. Hiervon sind ca. die Hälfte Erwachsene. Und das mit einem Behaltenwert von über 95% der vermittelten Themen nach einem Jahr und mit einem Personalansatz von 4 Vollzeitstellen. Rationeller, effektiver und effizienter geht es eigentlich kaum noch. Die einzige Steigerung die mir noch einfällt ist, jedem Präsidium seine Puppenbühne. Dann müssten unsere Erziehungseinrichtungen nicht auch noch fast drei Jahre warten bis wir kommen nachdem sie uns angefragt haben.

Wenn Du Fragen hast, frag doch einfach mal Puppenspieler! Wir laden Dich und alle anderen Kolleginnen und Kollegen ein, uns bei unserer Arbeit über die Schultern zu sehen. Deine Meinung über unsere Arbeit als Polizeipuppenspieler interessiert mich sehr, aber nachdem Du Dir unsere Tätigkeit angesehen hast.

Michael Meyer
Polizeipuppenbühne Mayen

Der GdP-Landesdelegiertentag hat am 14. Juli einstimmig beschlossen:

„Die GdP setzt sich für folgendes Projekt ein: Bei jedem Polizeipräsidium soll eine Puppenbühne installiert werden, die bei Verkehrserziehung von Kindern und Jugendlichen, aber auch bei der Präventionsarbeit eingesetzt wird.“

Die personelle Ausstattung soll nicht nur aus Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bestehen, sondern auch aus Tarifpersonal. Hierfür ist u.U. ein Sonderprogramm der Landesregierung durch zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten einzufordern.“

Ernst Scharbach: *„Die GdP unterstützt die Puppenbühnen. Die Kritik des Kollegen richtete sich auch nicht gegen deren Arbeit, sondern – so habe ich ihn jedenfalls verstanden – gegen die Personalausstattung im Allgemeinen und im Schichtdienst seiner Inspektion im Besonderen. Man kann der Polizei nicht immer neue Aufgaben auflasten. Die Basisdienste müssen auch in der Lage sein, ihre originären Aufgaben zu leisten. Wir brauchen mehr Personal!“*

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

☎ 06131-96009-0 📠 06131-96009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach



10. Terminhinweis: „Schafft Kapital Arbeit (ab)?“

Reichtum wird eine gesellschaftliche Funktion zugeschrieben: Er soll als Reservoir für Innovationen dienen, als Schrittmacher wirtschaftlichen Wachstums oder als Motor bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Um die skizzierten Funktionen immer besser erfüllen zu können, wurden private Vermögen, hohe Einkommen sowie vor allem Körperschaften in den letzten Jahren in dramatischer Weise steuerlich entlastet – doch wurden auch die Versprechungen von Wachstum und vor allem einer nachhaltigen Sicherung oder gar des Ausbaus von Arbeitsplätzen gehalten ?

Daher fragen wir kritisch: „Schafft Kapital Arbeit (ab)?“ Schlägt Reichtum unter Ausnutzung der internationalen Finanzmärkte sozusagen in eine neue Qualität um und trägt weder zur Schaffung von Arbeitsplätzen noch zur Finanzierung z.B. von Arbeitszeitverkürzungen etwas bei? Wird Geldreichtum unerreichbar für praktische (Sozial) Politik? Welche Funktion hat Reichtum in der „realen“ Wirtschaft? Welche Folgen hat es für lebendige Arbeit, wenn die Renditemöglichkeiten auf den internationalen Finanzmärkten Traumgewinne versprechen? Werden nicht immer mehr Arbeitsplätze abgebaut, die unter verschärften Rendite- und Produktionserwartungen stehen?

Fachtagung von katholischer, evangelischer Kirche und dem DGB am 8. September, 10:30h bis 14:30, Gossner-Haus, Albert-Schweitzer-Straße 113-115, Mainz.

11. Terminhinweis „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

Am 27. September 2006, von 09:00h bis 16:30h, führt die Diözesanstelle für Arbeitnehmer/innen und Betriebsseelsorge im Bistum Mainz einen Diözesantrag für Betriebs- und Personalräte durch. Titel: „**Vereinbarkeit von Familie und Beruf**“.

Erbacher Hof, Grebenstraße 24, Mainz

www.Arbeitswelt-Bistum-Mainz.de

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

☎ 06131-96009-0 ☎ 06131-96009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach

Auto kaufen?

Verreisen?

PSW 06131/96009-23 oder -31

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www").

v.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de